

INHALT

- | | |
|--|--|
| <p>46. <i>Richtlinien für den Voranschlag 2007 der Gemeinden und Gemeindeverbände</i></p> <p>47. <i>Einbringung von Räumschnee in Fließgewässer</i></p> <p>48. <i>Nichtraucherschutz in Amtsgebäuden</i></p> | <p>49. <i>Veranstaltungshinweis: „Jugend als Experten und Expertinnen“</i></p> <p>50. <i>Ankündigung einer abgabenbehördlichen Nachschau und Unterbrechung zur Verjährung Verbraucherpreisindex für August 2006 (vorläufiges Ergebnis)</i></p> |
|--|--|

46.

Richtlinien für den Voranschlag 2007 der Gemeinden und Gemeindeverbände

I. Rückblick und Ausblick

Entgegen der Meinung der Wirtschaftsforscher haben sich die gemeinschaftlichen Bundesabgaben im Jahr 2005 trotz Steuermaßnahmen des Bundes (z. B. Steuerreform 2004/2005, Konjunkturpakete) höher als prognostiziert entwickelt. Für die Gemeinden Tirols bedeutet dies eine Steigerung der kassenmäßigen Ertragsanteile gegenüber dem Jahr 2004 um 3,60% oder € 19,32 Mio.

Die bisherige Entwicklung der Ertragsanteilvorschüsse inklusive Zwischenabrechnung der Gemeinden Tirols im Zeitraum Jänner bis Oktober 2006 gestaltet sich im Vergleich zum Vorjahr mit einem Plus von 4,48% oder € 20,18 Mio. erfreulich, sodass die geschätzten Ertragsanteile 2006 voraussichtlich übertroffen werden.

Für 2007 geht das Bundesministerium für Finanzen in seiner Prognose vom Mai 2006 von einer Steigerung der kassenmäßigen Ertragsanteile gegenüber 2006 aus.

II. Gesamtbemessungsgrundlagen

1. Einwohnerzahl Tirols laut Volkszählung 2001	673.543
2. Abgestufte Bevölkerungszahl	1.117.337,90
3. Finanzkraft I 2007	€ 102.450.155,-
4. Finanzkraft II 2007	€ 572.330.947,-
5. Finanzkraft III 2007	€ 102.915.391,-
d. s. pro Einwohner	€ 152,80
6. Geschätzte Ertragsanteile 2007	€ 574.518.800,-
Bedarfsausgleich	€ 22.144.300,-

Getränkesteuerausgleich	€ 51.750.000,-
Werbesteuerausgleich	€ 590.000,-
Werbeabgabe	€ 3.050.000,-
Restertragsanteile 2007	€ 424.020.600,-
pro Kopf der abgestuften Bevölkerung	€ 379,50
7. Landesumlage: 7,6%	€ 43.663.400,-

III. Bemessungsgrundlagen für die einzelne Gemeinde

1. *Die endgültigen Daten für die Finanzkraft I und II* wurden von den Gemeinden bereits an die jeweilige Bezirkshauptmannschaft gemeldet und können im Internet abgerufen werden.

2. Finanzkraft III 2007:

Finanzkraft I	€
+ Finanzzuweisung gemäß § 21 Abs. 6 FAG (1. Verteilungsvorgang)	€ _____
Finanzkraft III 2007	€ _____

3. Ertragsanteile 2007:

a) Bedarfsausgleich 2007:	
Finanzbedarf = abgestufte Bevölkerungszahl × € 152,80	€ _____
Finanzkraft III (III/2)	€ _____
Unterschied	€ _____
Bedarfsausgleich = 30% des Unterschiedes, wenn dieser positiv	€ _____

- b) Getränkesteuerausgleich
(HHSt 9250+8593): 89% des durchschnittlichen Getränkesteueraufkommens 1993 bis 1997 €
- c) Werbesteuerenausgleich
(HHSt. 9250+8595):
Erhalten nur jene Gemeinden, die in den Jahren 96–98 Ankündigungsteuer eingehoben haben.
45,40% vom Mittelwert
Ankündigungssteuer 96–98 €
- d) Werbeabgabe (HHS. 9250+8595):
€ 4,53 pro Einwohner €
- e) Restertragsanteile
(HHSt. 9250+8591):
Abgestufte Bevölkerungszahl × € 379,50 €

4. Getränkesteuerrückzahlung

Da die Frage der Rückzahlung eines Teiles der Getränkesteuer nach wie vor aktuell ist, wird den Gemeinden weiterhin empfohlen, eine budgetäre Vorsorge in der Größenordnung von etwa 10 v. H. der noch offenen Rückforderungen einzuplanen.

5. Landesumlage 2007

42,60 der % der Finanzkraft I €

6. Personalaufwand

Derzeit liegen keine konkreten Unterlagen über allgemeine Bezugsrhebungen vor. Außer der Berücksichtigung allfälliger Zu- und Abgänge, Beförderungen, Überstellungen, Zeitvorrückungen etc. wird den Gemeinden empfohlen, die Mitteilungen über die Bezugsrhebungen in den Medien zu beachten.

In diesem Zusammenhang wird in Erinnerung gebracht, dass Beförderungen von Beamten nur zum 1.1. oder 1.7. vorgenommen werden können. Vor der Erstellung des Voranschlags für 2007 ist zu prüfen, welche Beamte im Jahr 2007 nach den Beförderungsrichtlinien für eine Beförderung heranstellen. Für die Beförderung ist der erforderliche Dienstposten im Dienstpostenplan mit Gemeinderatsbeschluss entsprechend abzuändern (Kundmachung, Genehmigung der Landesregierung). Es ist darauf zu achten, dass in den Stellenplan zum Voranschlag die richtigen Dienstposten (Beamte) und Planstellen (Vertragsbedienstete und sonstige Bedienstete) aufgenommen werden.

7. Beitrag an den GV für Zuwendungen an ausgeschiedene Bürgermeister (HHSt. 0000-7521):

Ansatz 2007: € 7,50 pro Einwohner

8. Beitrag an den GV Kranken- und Unfallfürsorge für Gemeindebeamte (HHSt. 0100-7520):

Ansatz 2007: Aufwand 2005 laut Schreiben vom 7. März 2006, Zl. KUF-556/2006, abzüglich 15,00%.

9. Beitrag an den Gemeindeverband für das Pensionsrecht der Tiroler Gemeindebeamten (HHSt. 0800-7520):

Ansatz 2007: Auf Basis der Akontozahlung für 2006 zuzüglich 6,00%. Entspricht gegenüber der endgültigen Ausfallsleistung 2005 einer Erhöhung um 8,12% (laut Schreiben vom 2. Mai 2006, Zl. Pf-1/923/2006).

10. Beitrag an den Pensionsfonds für Sprengelärzte (HHSt. 0800-7510):

Ansatz 2007: € 2,- pro Einwohner.

11. Aufgrund der von der Abteilung „Landwirtschaftliches Schulwesen, Jagd und Fischerei“ bekannt gegebenen Ziffern ergeben sich für kaufmännische und gewerbliche Landesberufsschulen nachstehende Investitionsbeiträge (HHSt. 2200-7512):

Alle Gemeinden Tirols: € 1.635.000,-

Beitrag 2007: 0,5459% der Kommunalsteuer 2005
€ 1,092 pro Einwohner

12. Sportförderungsbeitrag an das Land (HHSt. 2690-7510):

Ansatz 2007: 0,32% der FK II

13. Beitrag Landesgedächtnisstiftung (HHSt. 3690-7510):

Ansatz 2007: 0,30% der FK II

14. Beitrag zum Mindesteinkommen Hebammen (HHSt. 5120-7510):

Ansatz 2007: € 0,02 pro Einwohner

15. Aufgrund der von der Abteilung Soziales bekannt gegebenen Ziffern ergibt sich:

a) Hoheitlicher Beitrag nach dem Tiroler Grundversicherungsgesetz (HHSt. 4110-7511)

b) Privatrechtlicher Beitrag nach dem Tiroler Grundversicherungsgesetz (Pr.SH - HHSt. 4110-7513)

c) Beitrag nach dem Tiroler Pflegegesetz (HHSt. 4110-7512)

d) Beitrag nach dem Tiroler Rehabilitationsgesetz (HHSt. 4130-7510)

e) Zuwendung des Landes für Sozialhilfe (Strafgelder – HHSt. 4110+8611)

Bezirk	Geschätzter Beitrag 2007					FK II 2007	Ansatz 2007 in % d.FK II				
	TGSG		TRG	Pfl.geld	Strafgelder		TGSG		TRG	Pfl.geld	Strafgelder
	hoheitl.	privatr.					hoheitl.	privatr.			
Imst	492.805	580.151	2.102.544	727.440	492.805	40.237.745	1,22	1,44	5,23	1,81	1,22
Ibk.Land	2.043.825	3.051.609	6.663.366	2.003.705	2.043.825	118.921.001	1,72	2,57	5,60	1,68	1,72
Kitzbühel	172.200	620.618	2.199.317	629.813	172.200	47.301.095	0,36	1,31	4,65	1,33	0,36
Kufstein	455.910	1.676.192	3.758.174	984.297	455.910	75.425.620	0,60	2,22	4,98	1,30	0,60
Landeck	270.375	748.602	1.358.514	513.193	270.375	33.888.599	0,80	2,21	4,01	1,51	0,80
Lienz	83.160	777.679	1.917.481	875.205	83.160	37.615.391	0,22	2,07	5,10	2,33	0,22
Reutte	119.840	289.097	1.109.816	307.027	119.840	25.008.328	0,48	1,16	4,44	1,23	0,48
Schwaz	331.485	1.437.383	3.350.733	788.446	331.485	59.282.066	0,56	2,42	5,65	1,33	0,56
Ibk.Stadt	3.830.400	5.118.667	8.025.055	1.820.874	150.000	134.651.102	2,84	3,80	5,96	1,35	0,11
Summe	7.800.000	14.300.000	30.485.000	8.650.000	4.119.600	572.330.947	1,36	2,50	5,33	1,51	0,72

16. Beitrag nach dem Tiroler Jugendwohlfahrtsgesetz (HHSt. 4390-7510):

Aufgrund der von der Abteilung Jugendwohlfahrt bekannt gegebenen Ziffern ergibt sich:

Bezirk	Geschätzter Beitrag	FK II 2007	Ansatz in % d.FK II
Imst	249.200	40.237.745	0,62
Ibk.Land	1.433.600	118.921.001	1,21
Kitzbühel	617.400	47.301.095	1,31
Kufstein	643.300	75.425.620	0,85
Landeck	267.260	33.888.599	0,79
Lienz	274.225	37.615.391	0,73
Reutte	324.450	25.008.328	1,30
Schwaz	595.700	59.282.066	1,00
Ibk.Stadt	1.979.775	134.651.102	1,47
Summe	6.384.910	572.330.947	1,12

17. Beitrag zum Tiroler Landeskrankenanstaltenfinanzierungsfonds (HHSt 5900-7510):

Ansatz 2007: 13,60% der FK II

18. Krankenhausbilanz an das Bezirkskrankenhaus (HHSt 5600-7520):

Der Ansatz 2007 wird nach Mitteilung durch das jeweilige Bezirkskrankenhaus im Internetweg bekannt gegeben.

19. Finanzzuweisung gemäß § 23 FAG 2005 (HHST 9410+8600):

Abs.2: Bedarfszuweisung als Ausgleich für Ausgaben im Zusammenhang mit Ausgliederungen und Schuldenreduzierungen für alle Gemeinden: € 0,27 pro Einwohner

Abs.3 Z.2: Bedarfszuweisung zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Gleichgewichts im Haushalt: Gemeinden über 10.000 EW: € 48,62 pro Einwohner
Gemeinden über 50.000 EW: € 39,11 pro Einwohner

Abs.3 Z.3: Bedarfszuweisung zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Gleichgewichts im Haushalt: Gemeinden bis 9.300 EW: € 2,90 pro Einwohner

47.

Einbringung von Räumschnee in Fließgewässer

Der Winter naht mit Riesenschritten und das Problem der Schneeverkippung in Gewässer wird wieder aktuell. Dabei ist zu beachten, dass diese in vielen Fällen einer Bewilligung nach dem Wasserrechtsgesetz 1959 bedarf.

Eine Schneeeinbringung in ein Gewässer kann nämlich nur dann als geringfügige Einwirkung und damit bewilligungsfrei nach § 32 Abs. 1 Wasserrechtsgesetz 1959 angesehen werden, wenn

- die einzubringende Schneemenge im Verhältnis zum Wasserabfluss gering ist,
- die Schneeeinbringung zu keinem Aufstau und zu keiner Vereisung in Gewässer führt,
- der einzubringende Schnee überwiegend nur aus innerörtlichen Räumen mit verhältnismäßig geringem Verkehrsaufkommen stammt und
- es sich beim eingebrachten Schnee um Neuschnee (maximal zwei Tage alt) handelt.

Das ständige Einbringen von größeren Schneemengen an immer denselben Abladestellen ist jedenfalls bewilligungspflichtig.

Ansuchen sind bei der Bezirkshauptmannschaft unter Anschluss eines Projektes zu stellen, aus dem jedenfalls die Lage und die Art der Einbringungsstelle, hydraulische Berechnungen, das Ausmaß des Gewässerbettes, Beschreibung des Räumschnees (woher kommt der Schnee, Schneemenge, allfällige Kontaminationen) und die Art und Weise der Einbringung hervorgehen müssen. Je nach gewässerökologischen und hydraulischen Umständen können weitere Unterlagen erforderlich sein.

In Anbetracht der bereits bestehenden Auslastung der Sachverständigen wird geraten, möglichst umgehend allfällige Ansuchen einzubringen.

Abteilung Wasser-, Forst- und Energierecht,
Zahl IIIa1-W-537/19 vom 13. September 2006

48.

Nichtraucherschutz in Amtsgebäuden

Ausgangssituation, gesetzliche Grundlagen:

Rauchverbot gilt in Räumen für Verhandlungszwecke.
§ 12 (1) Z 2. Tabakgesetz

Rauchverbot gilt in allgemein zugänglichen Räumen von Amtsgebäuden. § 13. (1) Tabakgesetz

Rauchverbot gilt in Sanitäräumen und Umkleideräumen. § 18 (4) Arbeitsstätten-VO

Rauchverbot gilt in Büroräumen und Arbeitsplätzen, in denen Raucher und Nichtraucher aus dienstlichen Gründen gemeinsam arbeiten. § 18 (2) Arbeitsstätten-VO

Rauchverbot gilt in Aufenthaltsräumen und Bereitschaftsräumen, in denen Raucher und Nichtraucher vor den Einwirkungen von Tabakrauch nicht geschützt werden können. § 18 (3) Arbeitsstätten-VO

Betroffene, Verantwortung, Zuständigkeit:

Der Nichtraucherschutz ist zeitlich unbegrenzt. Auch amtsfremde Personen, Besucher und Parteien, haben das im Amtsgebäude bestehende Rauchverbot zu beachten. Die Frage, wer über ein Rauchverbot entscheidet, stellt sich daher nicht.

Für die Beachtung der Einhaltung des Rauchverbotes ist der Leiter/die Leiterin der jeweiligen Organisationseinheit verantwortlich.

Dem jeweiligen Gebäudeerhalter obliegt es, für die Beschaffung und Anbringung der Rauchverbotshinweise nach dem Tabakgesetz zu sorgen.

Ausnahmen vom Rauchverbot

In jenen Büroräumen/Arbeitsräumen, in denen ausschließlich Raucher ihren Dienst verrichten.

In eigens gekennzeichneten Besprechungsräumen, sofern kein(e) Nichtraucher an der Besprechung teilnimmt/teilnehmen.

In eigens gekennzeichneten Aufenthaltsräumen und/oder Bereitschaftsräumen, wenn durch geeignete technische oder organisatorische Maßnahmen dafür gesorgt ist, dass Nichtraucher vor den Einwirkungen von Tabakrauch geschützt sind (z. B. wenn Aufenthaltsräume in ausreichender Anzahl und Größe auch für Nichtraucher zur Verfügung stehen).

Abt. Hochbau, Sicherheitstechnische Betreuung,
Zahl VID2-45/471-2006 vom 27. Juli 2006

49.

Veranstaltungshinweis: „Jugend als Experten und Expertinnen

16. bis 18. November 2006, Rathausgalerien/Rathaussäle, 6. Stock, Innsbruck

Eine Veranstaltung der Abteilung Bodenordnung-Dorferneuerung, des Jugendreferates des Landes Tirol, der Stadt Innsbruck, der ARGE Partizipation und des Forums Politik

Thema: Jugendliche und Erwachsene zu Jugendmitbestimmung in Praxis und Theorie

PROGRAMM:

16. November 2006

ab 19 Uhr: Empfang des Landes Tirol und Grußworte Bürgermeisterin Hilde Zach und LHStv. Dr. Elisabeth Zanon sowie gegenseitiges Kennenlernen

17. November 2006

9:00 Uhr: Eröffnung STR. Mag. Christine Oppitz-Plörer und LHStv. Dr. Elisabeth Zanon

9:15 Uhr: Jugendbeteiligung aus der Sicht von Jugendlichen, Univ. Prof. Dr. Lynne A. Chisholm, Institut für Erziehungswissenschaft

10:45 Uhr: einmischen – mitmischen – aufmischen, Gerhard Dinger, Dipl.-Sozialarbeiter

11:00 Uhr: Beteiligung, Mitbestimmung, Selbstorganisation in der offenen Jugendarbeit, Prof. Dr. Constance Engelfried-Hornek, Professorin an der Fachhochschule München

11:45 Uhr: Qualitätssicherung von Partizipation – Erfahrungen aus der Europäischen Zusammenarbeit von Mitbestimmungsprojekten, Mathias Bartscher und Brigitte Wesky/Forum Politik

14:00 bis 18:00 Uhr:

Projektmarkt: Jugendliche beschreiben aus ihrer Sicht Probleme und Chancen ihrer Partizipationsprojekte. 20 Projekte aus Österreich und Italien stellen sich vor.

19:30 Uhr: „come & participate“, Ball der Jugend
Vertiefung der Gespräche, weitere Präsentation von Forum Politik, Start der Mitbestimmungsschiene der Stadt Innsbruck „Meinungsmacher – mm“

18. November 2006

9:00 Uhr: Einleitung
9:15 Uhr: Initiative „mit Wirkung!“, Sigrid Meinhold-Henschel, Bertelsmannstiftung
10:00 Uhr: Maßnahmen, die von Tiroler Gemeinden für die Einbindung junger Menschen ergriffen werden und die damit gemachten Erfahrungen (Studie 2006)
Univ.-Prof. Dr. Ferdinand Karlhofer, Institut für Politikwissenschaft
11:00 Uhr: Dorferneuerung: Was hat partizipative Dorf- und Stadtentwicklung mit Kindern und Jugendlichen in der Vergangenheit gebracht? mit Beispiel Oberndorf
Dipl.-Ing. Klaus Juen, Abteilung Bodenordnung-Dorferneuerung,
Bgm. Johann Schweigkofler, Gemeinde Oberndorf
Workshops
19:15 Uhr: Publizieren von Mitbestimmungswissen/-projekten
Erstellen von Zeitungsartikeln, Filmbeiträgen, Radiobeiträgen
Präsentation der Workshops
12:00 Uhr: Präsentation der Materialien aus den Workshops
12:30 Uhr: Tagungsende

50.

Ankündigung einer abgabenbehördlichen Nachschau und Unterbrechung der Verjährung

Der Verwaltungsgerichtshof hat sich in seinem Erkenntnis vom 6. Juli 2006, Zahl 2006/15/0046, mit der Frage der Auswirkung der Ankündigung einer abgabenbehördlichen Nachschau auf die Unterbrechung der Verjährung auseinandergesetzt. Er hat dazu ausgeführt:

Mit dem angefochtenen Bescheid wies die belangte Behörde eine von der beschwerdeführenden GmbH erhobene Vorstellung gegen die im Instanzenzug durch den Stadtsenat der Landeshauptstadt Linz erfolgte Vorschreibung von Kommunalsteuer für den Zeitraum 1. Jänner 1995 bis 31. Dezember 2000 betreffend die Geschäftsführerbezüge des an der beschwerdeführenden GmbH zu 100% beteiligten Gesellschafter-Geschäftsführers ab.

In der Begründung des angefochtenen Bescheides wird ausgeführt, die Beschwerdeführerin habe gegen die Festsetzung der Kommunalsteuer für die Jahre 1995 bis 2000 Berufung erhoben und zum einen vorgebracht, dass hinsichtlich der Jahre 1995 und 1996 bereits Verjährung eingetreten sei, weil es sich beim Schreiben des Magistrates der Landeshauptstadt Linz vom 29. Dezember 1999 lediglich um die Ankündigung einer Betriebsprüfung gehandelt habe und die bloße Ankündigung einer solchen noch keine Unterbrechungshandlung darstellen würde.

Zum anderen habe sie die Ansicht vertreten, dass die Geschäftsführerbezüge zu Unrecht in die Kommunalsteuerbemessungsgrundlage einbezogen worden seien. Der Geschäftsführer sei nicht in den geschäftlichen Organismus der Beschwerdeführerin eingegliedert. Eine Pflicht zur persönlichen Arbeitsleistung liege nicht vor, es gebe keine fixe Arbeitszeit, keine Überstundenregelung, keinen fixen Arbeitsort und keine feste Urlaubseinteilung. Überdies treffe ihn ein erhebliches Unternehmerwagnis. Der beschwerdeführenden GmbH obliege die Geschäftsführung jener KG, an der der Geschäftsführer als Kommanditist beteiligt sei. Solcherart setze sich das Einkommen des Geschäftsführers aus den von der Beschwerdeführerin bezogenen Geschäftsführerbezügen einerseits und aus dem Gewinnanteil der KG andererseits zusammen. Seine Tätigkeit als Geschäftsführer wirke sich unmittelbar im Ergebnis der KG aus und beeinflusse unmittelbar sein Einkommen. Vom Ergebnis der KG stünden dem Geschäftsführer 80% als Gewinnantenteile zu. Die prüfungsgegenständlichen Geschäftsführerbezüge würden der KG weiterverrechnet und führten bei dieser zu einem entsprechenden Aufwand. Die Einräumung eines fixen Geschäftsführerbezuges führe bei wirtschaftlicher Betrachtung

tungsweise zu keinem anderen Ergebnis, weil dem Geschäftsführer nichts anderes als 80% des KG-Ergebnisses zustehe. Dieser trage damit zweifellos ein Unternehmerisiko.

Der Stadtsenat der Landeshauptstadt Linz habe der Berufung nur in Ansehung eines mit der Kommunalsteuervorschrift auch festgesetzten Säumniszuschlages teilweise Folge gegeben.

Die dagegen erhobene Vorstellung der Beschwerdeführerin sei als unbegründet abzuweisen. Gemäß § 153 Abs. 1 Oö. LAO 1996 unterliege das Recht der Festsetzung einer Abgabe der Verjährung, wobei die Verjährungsfrist nach Abs. 2 dieser Bestimmung grundsätzlich fünf Jahre betrage. Die Verjährung beginne nach § 154 Z. 1 leg. cit. mit dem Ablauf des Jahres, in dem der Abgabensanspruch entstanden sei. Nach § 155 Abs. 1 leg. cit. werde die Verjährung durch jede zur Geltendmachung des Abgabensanspruches oder zur Feststellung des Abgabepflichtigen von der Abgabenbehörde unternommene, nach außen erkennbare Amtshandlung unterbrochen.

Der gegenständliche Verfahrensakt enthalte ein Schreiben des Magistrates der Landeshauptstadt Linz an die beschwerdeführende GmbH vom 29. Dezember 1999, in welchem dieser mitgeteilt worden sei, dass beabsichtigt sei, eine Überprüfung der für die Linzer Betriebsstätte erklärten Kommunalsteuer durchzuführen, und dass damit die Abgabenprüfung für den Abgabenzeitraum vom 1. Jänner 1994 bis 31. Dezember 1998 „eingeleitet“ sei. Dieses Schreiben sei der Beschwerdeführerin am 3. Jänner 2000 zugestellt worden. Entgegen der Ansicht der Beschwerdeführerin werde die Verjährung nicht nur durch eine abgabenbehördliche Prüfung unterbrochen, sondern auch dann, wenn „das Verwaltungsziel einer nach außen gerichteten Amtshandlung in der Feststellung des Abgabepflichtigen und in der Geltendmachung eines Anspruches besteht und der Weg zu diesem Ziel mit Hilfe von zur Zweckerreichung dienenden Verwaltungsmaßnahmen beschritten“ werde. Das Schreiben vom 29. Dezember 1999 stelle somit eine zur Geltendmachung des Abgabensanspruches von der Abgabenbehörde unternommene, nach außen erkennbare Amtshandlung im Sinne des § 155 Abs. 1 leg. cit. dar, sodass die Verjährungsfrist mit Ablauf des Jahres 2000 neu zu laufen begonnen habe. Solcherart sei das Recht der Landeshauptstadt Linz auf Festsetzung der Kommunalsteuer für die Jahre 1995 und 1996 nicht verjährt.

Zur Sache selbst wird nach Wiedergabe der anzuwendenden Gesetzesbestimmungen im angefochtenen Bescheid sachverhaltsbezogen ausgeführt, dass der Gesell-

schafter-Geschäftsführer nach der Aktenlage die laufende Geschäftsführung der Beschwerdeführerin kontinuierlich und über einen längeren Zeitraum erfüllt habe. Bei dieser Sachlage sei von einer Eingliederung des Geschäftsführers in den betrieblichen Organismus der beschwerdeführenden GmbH auszugehen. Daran ändere auch der Umstand nichts, dass die Beschwerdeführerin ihren Geschäftsführer aufgrund dessen 100%iger Beteiligung als ihren „Kopf“ bezeichnet habe.

Ein Unternehmerwagnis liege nicht vor, weil der Geschäftsführer im verfahrensgegenständlichen Zeitraum monatliche, im Wesentlichen gleich hohe Entlohnungen erhalten habe. Auf das „Gesamteinkommen“ des Geschäftsführers als Summe der Geschäftsführerbezüge und seines Gewinnanteils an der KG komme es im gegebenen Zusammenhang nicht an. Zum Vorbringen der Beschwerdeführerin, dass sich das Unternehmerwagnis des Geschäftsführers unzweifelhaft in der Übernahme persönlicher Haftungen verwirkliche, sei auf die ständige Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes zu verweisen, wonach das Risiko, das der Geschäftsführer im Fall der Übernahme einer Bürgschaft für Verbindlichkeiten der Gesellschaft eingehe, dem Bereich der Gesellschafter-sphäre zuzuordnen sei.

Die Beschwerde wendet sich sowohl gegen die Qualifizierung der Geschäftsführerbezüge als Einkünfte gemäß § 22 Z. 2 zweiter Teilstrich EStG 1988 als auch gegen die Beurteilung des Schreibens vom 29. Dezember 1999 als Unterbrechungshandlung im Sinne der §§ 153 ff Oö. Landesabgabenordnung 1996.

Der Verwaltungsgerichtshof hat erwogen:

1. Einkunftsart der Geschäftsführerbezüge

Im Erkenntnis eines verstärkten Senates vom 10. November 2004, 2003/13/0018, hat der Verwaltungsgerichtshof zur Auslegung der Vorschrift des § 22 Z. 2 Teilstrich 2 EStG 1988 zwar an seiner bisherigen Rechtsprechung zum Verständnis der Bedeutung des Ausdrucks „sonst“ in dieser Gesetzesbestimmung in Bezug auf die Beseitigung des Merkmales der Weisungsgebundenheit als Tatbestandsvoraussetzung der Erzielung von Einkünften nach § 22 Z. 2 Teilstrich 2 EStG 1988 festgehalten, aber auch ausgesprochen, soweit das im § 47 Abs. 2 EStG 1988 normierte Tatbestandselement der Weisungsgebundenheit durch den Ausdruck „sonst“ beseitigt werde, könne sich der Ausdruck „alle“ in derselben – auf die gesetzliche Definition des steuerlichen Dienstverhältnisses im § 47 Abs. 2 EStG 1988 verweisenden – Vorschrift (primär) nur auf das verbleibende gesetzliche Kriterium der Eingliederung in den

geschäftlichen Organismus des Arbeitgebers beziehen. Weiteren Elementen, wie dem Fehlen eines Unternehmerrisikos oder einer als „laufend“ zu erkennenden Lohnzahlung, könne – in Abkehr von der bisherigen Rechtsprechung – Bedeutung für die Verwirklichung des Tatbestandes nach § 22 Z. 2 Teilstrich 2 EStG 1988 nur noch in solchen Fällen zukommen, in denen eine Eingliederung des für die Gesellschaft tätigen Gesellschafters in den Organismus des Betriebes der Gesellschaft nicht klar zu erkennen wäre. Von einer solchen fehlenden Eingliederung sei aber nach dem in ständiger Judikatur entwickelten Verständnis zu diesem Tatbestandsmerkmal in aller Regel nicht auszugehen.

Damit sind auch die im vorliegenden Beschwerdefall gewährten Vergütungen als Einkünfte nach § 22 Z. 2 Teilstrich 2 EStG 1988 zu beurteilen, weil entgegen der Beschwerdebehauptung an der Eingliederung des für die Gesellschaft tätigen Gesellschafters in den Organismus des Betriebes der beschwerdeführenden Gesellschaft nach Maßgabe des im genannten Erkenntnis des verstärkten Senates dargelegten Verständnisses von diesem Merkmal (das bereits durch jede nach außen hin als auf Dauer angelegt erkennbare Tätigkeit hergestellt wird, mit welcher der Unternehmenszweck der Gesellschaft verwirklicht wird) sachbezogen kein Zweifel besteht.

Die von der beschwerdeführenden Gesellschaft vorgebrachten Argumente hinsichtlich des Unternehmerrisikos gehen mangels rechtlicher Relevanz ins Leere.

2. Verjährung

Zur Frage der Verjährung der Abgabenansprüche der Jahre 1995 und 1996 bringt die Beschwerdeführerin vor, im Schreiben des Magistrates der Landeshauptstadt Linz vom 29. Dezember 1999 sei Folgendes ausgeführt worden:

„Gemäß § 115 der OÖ LAO, LGBl. Nr. 107/1996, ist beabsichtigt, eine Überprüfung der für die Linzer Betriebsstätte erklärten Kommunalsteuer durchzuführen. Prüfungszeitraum ist 1. Jänner 1994 bis 31. Dezember 1998. Das Prüfungsorgan wird im Laufe des nächsten Jahres mit Ihnen Kontakt aufnehmen. Mit diesem Schreiben ist die Abgabenprüfung für obigen Zeitraum eingeleitet.“

Dieses Schreiben stelle im Sinne der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes eine bloße Ankündigung einer Unterbrechungshandlung dar. Der Schlusssatz, wonach mit diesem Schreiben die Abgabenprüfung eingeleitet sei, könne schon angesichts der darauf folgenden zwei Jahre und fünf Monate der völligen Untätigkeit der Abgabenbehörde nichts daran ändern, dass mit dem Schreiben eine abgabenbehördliche Prüfung lediglich angekündigt worden sei. Der Prüfungsauftrag sei tatsächlich erst

am 7. Mai 2002 ausgefertigt worden. Anders als in dem Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 25. Mai 2000, 99/16/0379, auf das die belangte Behörde verwiesen habe, sei es im Beschwerdefall nicht um eine Terminvereinbarung oder -bekanntgabe gegangen. Mit dem vorliegenden Schreiben habe die Abgabenbehörde daher – anders als von der Rechtsprechung gefordert – tatsächlich keinen „Weg zur Geltendmachung von Abgabenansprüchen mit Hilfe von zur Zweckerreichung dienenden Verwaltungsmaßnahmen gesetzt“.

§ 155 Abs. 1 OÖ Landesabgabenordnung 1996 bestimmt, dass die Verjährung durch jede zur Geltendmachung des Abgabenanspruches oder zur Feststellung des Abgabepflichtigen (§ 54) von der Abgabenbehörde unternommene, nach außen erkennbare Amtshandlung unterbrochen wird. Mit Ablauf des Jahres, in dem die Unterbrechung eingetreten ist, beginnt die Verjährungsfrist neu zu laufen.

Nach der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes zur inhaltsgleichen Bestimmung des § 209 Abs. 1 BAO in der Fassung vor dem AbgÄG 2004 (BGBl. I Nr. 180/2004) haben u. a. abgabenbehördliche Prüfungen, auch wenn ein Prüfungsauftrag nicht vorliegt, unterbrechende Wirkung. Die bloße Ankündigung einer Unterbrechungshandlung genügt allerdings noch nicht (vgl. das hg. Erkenntnis vom 23. Mai 1991, 89/17/0183).

Eine Unterbrechungshandlung im Sinne des § 209 Abs. 1 BAO setzt voraus, dass die Abgabenbehörde in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise etwas zur Feststellung des Steueranspruches unternimmt (vgl. mit weiteren Hinweisen das hg. Erkenntnis vom 1. Dezember 1987, 85/16/0111).

Vergleicht man das von der belangten Behörde für ihren Rechtsstandpunkt ins Treffen geführte Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 25. Mai 2000, 99/16/0379, mit jenem vom 1. Dezember 1987, 85/16/0111, fällt auf, dass dem Erkenntnis vom 1. Dezember 1987 ein Schreiben der Abgabenbehörde zu Grunde lag, dessen einziger objektiv erkennbarer Zweck augenscheinlich darin lag, den Lauf der Verjährungsfrist durch die Ankündigung einer Kapitalverkehrssteuerprüfung zu unterbrechen, während das eine Getränkesteuerprüfung ankündigende Schreiben, das dem Erkenntnis vom 25. Mai 2000 zu Grunde lag, darauf abzielte, mit dem Abgabepflichtigen eine konkrete Terminvereinbarung zu treffen.

Bei der Abgrenzung der Unterbrechungshandlung von der bloßen Ankündigung einer Unterbrechungshandlung, insbesondere einer abgabenbehördlichen Prüfung, kommt es demnach entscheidend darauf an, ob dem Schritt der Abgabenbehörde – über den bloßen Selbstzweck der an-

gestrebten Unterbrechung der Verjährungsfrist hinausgehend – eine Funktion im Hinblick auf die Geltendmachung des Steueranspruches zukommt. In diesem Sinne ist auch in dem von der belangten Behörde herangezogenen Erkenntnis vom 25. Mai 2000 von „zur Zweckerreichung dienenden Verwaltungsmaßnahmen“ die Rede.

Im Beschwerdefall ist nicht zu erkennen, dass dem Streitgegenständlichen Schreiben vom 29. Dezember 1999 irgendeine Funktion im Zusammenhang mit der Geltendmachung des Kommunalsteueranspruches zugekommen wäre. Eine „Kontaktaufnahme durch ein Prüfungsorgan“ wurde vielmehr erst in Aussicht gestellt. Dass im Streitgegenständlichen Schreiben Abgabenart, Abgabenziträume und auch der Name des betroffenen Abgabenschuldners genannt sind, ändert nichts daran, dass mit diesem Schreiben noch kein Schritt zur Geltendmachung des Abgabenanspruches gesetzt wurde, sondern solche Schritte erst angekündigt wurden. Auch ist nicht zu er-

kennen, dass die anzuwendende Verfahrensordnung eine „Einleitung“ einer abgabenbehördlichen Prüfung vorsieht und das Schreiben vom 29. Dezember 1999 damit bereits als (erster) Teil bzw. Beginn der abgabenbehördlichen Prüfung angesehen werden könnte. Damit gleicht der Beschwerdefall aber weitgehend jenem der dem Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 1. Dezember 1987 zu Grunde lag.

Das Schreiben vom 29. Dezember 1999 war daher gleichfalls seinem Inhalte nach nicht geeignet, eine im Lauf befindliche Verjährungsfrist zu unterbrechen.

Der angefochtene Bescheid erweist sich daher – soweit er die Jahre 1995 und 1996 betrifft (der Spruch ist im Beschwerdefall teilbar) – als inhaltlich rechtswidrig und war somit insoweit gemäß § 42 Abs. 2 Z. 1 VwGG aufzuheben. Im Übrigen war die Beschwerde hingegen aus den unter Pkt. 1 angeführten Gründen gemäß § 42 Abs. 1 VwGG abzuweisen.

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR AUGUST 2006

(vorläufiges Ergebnis)

	Juli 2006 (endgültig)	August 2006 (vorläufig)		Juli 2006 (endgültig)	August 2006 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2005			Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	101,6	101,9	Basis: Durchschnitt 1966 = 100	421,8	423,1
Index der Verbraucherpreise 2000			Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	112,4	112,7	Basis: Durchschnitt 1958 = 100	537,5	539,1
Index der Verbraucherpreise 96			Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	118,3	118,6	Basis: Durchschnitt 1958 = 100	539,2	540,8
Index der Verbraucherpreise 86			Der Index der Verbraucherpreise 2005 (Basis: Durchschnitt 2005 = 100) für den Kalendermonat August 2006 beträgt 101,9 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für Juli 2006 (101,6 endgültige Zahl) um 0,3% gestiegen (Juli 2006 gegenüber Juni 2006: -0,1%). Gegenüber August 2005 ergibt sich eine Steigerung um 1,8% (Juli 2006/2005: +1,5%).		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	154,6	155,1			
Index der Verbraucherpreise 76					
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	240,4	241,1			

**Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.**

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Helmut Praxmarer

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck